

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 278/02 vom 21. Juni 2002

Agrarpolitik

TOP 27**Claus Hopp:**

Landeslabore im Norden müssen zusammenarbeiten

Wir haben in Schleswig-Holstein eine funktionierende „Laborlandschaft“. Gerade die Nitrofenfunde haben gezeigt, Landeslabor und die Kieler Lufa (Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt) sind leistungsfähig und in der Lage, besondere Situationen zu bewältigen. Dennoch kann auch hier noch einiges verbessert werden.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher die Landesregierung mit einem Antrag auf, sich für eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung der Landeslabore in den norddeutschen Bundesländern einzusetzen. Gerade Lebensmittelskandale erfordern ein sehr zügiges Handeln, zum Schutze der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch im Interesse von Landwirtschaft, Verarbeitern und Handel. Darüber hinaus geht es auch darum, Kosten zu sparen.

Der Nitrofenskandal hat deutlich aufgezeigt: Die gesamte Landwirtschaft sitzt in einem Boot. Ob es Fehler im System sind oder gar kriminelle Machenschaften, weder die konventionelle noch die ökologische Landwirtschaft kann für sich in Anspruch nehmen, völlig sicher zu sein. Die Überheblichkeit, mit der bisher Fehlverhalten allein der konventionellen Landwirtschaft zugeordnet wurde, dürfte jetzt erledigt sein.

Der ökologische Landbau darf durch den Nitrofenskandal nicht beschädigt werden. Niemand kann daran ein Interesse haben, wenn ein Bereich der Landwirtschaft in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Die Informationspolitik in diesem Zusammenhang bis hin zur Bundeslandwirtschaftsministerin war höchst unbefriedigend. Wir haben in der Vergangenheit Situationen erlebt, die bei ähnlichen Sachverhalten zu Rücktritten geführt haben.

Zur Schadensbegrenzung wäre es zwingend notwendig gewesen, so früh wie nur möglich die Öffentlichkeit und alle Beteiligten zu informieren. Mit jedem Tag Verzögerung ist der Schaden größer geworden. Für diesen Schaden trägt die Bundeslandwirtschaftsministerin die politische Verantwortung. Dieser Verantwortung hat sie sich bisher in keiner Weise gestellt. Es ist zu hoffen, dass alle Beteiligten aus den Fehlern gelernt haben und sich derartiges nicht wiederholt.